

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Februar 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 24

**Neubestellungen** auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsersten zulässig + Bezugspreis 50 Pf. monatlich, 1 Mk. zweimonatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich + Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt!

### Der „Korr.“ als Blihableiter

Als besonderes charakteristisches Zeichen zunehmender sozialpolitischer Kurzsichtigkeit in führenden Kreisen des Deutschen Buchdruckervereins (als ausschließlicher Interessenvertreter der Prinzipalität im Tarifausschusse) kann unbestreitbar die Tatsache bezeichnet werden, daß deren Sprecher im Verlaufe der letzten Tarifausschlußung nicht weniger als dreimal den Versuch riskierten, den „Korr.“ als Sündenbock für ihre reaktionäre Haltung verantwortlich zu machen. Schon am zweiten Verhandlungstage glaubte ein maßgebender Redner der Prinzipalität die durch die sachlichen Darlegungen der Gehilfenvertreter stark entkräfteten Prinzipalsargumente gegen die Bewilligung einer neuen Erwerbszulage in schiklicher Verlegenheit u. a. auch damit zu „flühen“:

„daß der „Korr.“ Schuld daran trage, der nach Ansicht der Prinzipalität von Anfang an geheilt und geschürt habe. Dieses Vorgehen sei nicht ermunternd für irgendwelche neue Ermahnungen. Früher sei man im Buchdruckerwesen stolz gewesen auf Einhaltung abgeschlossener Vereinbarungen; es mag möglich sein, daß, wenn es heute anders wäre, auch die Prinzipalität Schuld daran trüge. Aber die Haltung des „Korr.“ sei nicht angeht gewesen, die hiermit Verhandlungen zu reglementieren.“

Soweit der Wortlaut des Beschlussesprotokolls auf Seite 5 in Nr. 19. Wir haben in unfern Aufzeichnungen noch vermerkt, daß der Prinzipalsredner gleichzeitig auf die angeblich musterhafte Haltung der „Zeitschrift“ hinwies, die zu solchen Klagen doch keinen Anlaß gegeben habe.

Wir sind dem prinzipalsseitigen Ankläger des „Korr.“ dankbar, daß er uns durch seine Ausführungen Gelegenheit gegeben hat, an dieser Stelle unsere Ansicht über den Stand der Dinge bezüglich der Haltung unferes Verbandsorgans gegenüber der Prinzipalität einmal etwas ausführlicher und deutlicher zu präzisieren. Denn gerade in Hinblick auf die immer schärfere Zuspitzung der gewerblichen Verhältnisse im allgemeinen und der tariflichen Beziehungen im besondern kann eine solche Auseinandersetzung hüben wie drüben nur aufklärend wirken. Wir nehmen daher die Gelegenheit beim Schopf, indem wir nachstehend offen zum Ausdruck bringen, was wir schon längst gern einmal in zusammenhängender Form über dieses Schema gelagt hätten.

Nehmen wir den „wohlgemeinten“ Hinweis des Prinzipalsredners auf die musterhafte Haltung der „Zeitschrift“ zur Einleitung unserer Erwiderung, so geben wir gern zu, daß wir uns ebenfalls einer gemäßigten Haltung befleißigen könnten, wenn die tatsächlichen Verhältnisse für unsre Leser auf Gehilfenseite ebenso erträglich liegen würden, wie für die Leser der „Zeitschrift“ auf Prinzipalsseite. Aber da liegt ja gerade der Hund begraben. Die Lage der Gehilfenchaft ist eben in Wirklichkeit nicht so, daß wir uns so in Stillschweigen hüllen können, wie dies der „Zeitschrift“ in den letzten Monaten ohne besondere Vorbehalte möglich war. Und wenn deren Schrifteleitung in ihrer Nummer 7 (nach der Tarifausschlußung) anerkennt, daß die im „Korr.“ zutage getretene Polemik durch die erregte Stimmung in der Gehilfenchaft entzündet sei, so deutet sich das hinumgäh auch mit unferer Auffassung bezüglich der Haltung des Prinzipalsorgans, die sich in ihrer debälligen Behaulichkeit jedenfalls nur auf eine weitgehende Zurechenheit ihrer Leser in Prinzipalskreisen mit der gewerblichen Lage stützen dürfte. Zurückweisen müssen wir aber, daß wir nicht zugegeben hätten, daß bezüglich der Einberufungsentscheidung des Tarifausschusses durch das Tarifamt bereit seit 25 Jahren im Tarif eine Lücke vorhanden gewesen sei, die erst durch die Ereignisse im Tarifamt entdeckt wurde. Diese Frage wurde im „Korr.“ schon mehrmals erörtert und ausdrücklich festgestellt, daß es dem

Deutschen Buchdruckervereine vorbehalten blieb, diese Lücke nach 25 Jahren erst fühlbar zu machen, indem er sie sich gegen Treu und Glauben zunutze machte, um die rechtzeitige und frühere Einberufung der letzten Tarifausschlußung zunächst zu verhindern und schließlich ganz erheblich zu verzögern. Wenn nun das amtliche Organ des Deutschen Buchdruckervereins hinter dieser früheren tarifgesetzlichen Lücke die Haltung des Deutschen Buchdruckervereins bemängeln will, so mag das einseitig naiven Menschen imponieren, rechtlich denkende Männer sollten es aber ablehnen, auf solchen juristischen Krücken den Grundfab von Treu und Glauben stützen zu wollen. Soviel zur sogenannten Rechtslage.

Damit im Zusammenhange steht auch die Behauptung eines Prinzipalsredners im Tarifausschusse, wonach der „Korr.“ von Anfang an geheilt und geschürt habe. Es sind zwar im Plenum des Tarifausschusses diese Vorwürfe mit aller Entschiedenheit von Gehilfenseite zurückgewiesen worden. Wir haben daher auch gar nicht nötig, diese Anklage noch besonders auf ihre Berechtigung zu prüfen. Uns lockt vielmehr der prinzipielle Hintergrund dieses Mißtats auf die Meinungsfreiheit des „Korr.“ zu einer entsprechenden Beleuchtung. Der öffentliche Vorstoß von Prinzipalsseite gegen das Recht der freien Meinungsäußerung der Gehilfenchaft einschließlich der Redaktion im „Korr.“ ist nämlich kein plötzlicher Einfall in einer gleich unhaltbar gewordenen Stellung der Interessenerklärung auf Prinzipalsseite, sondern die Frucht einer schon seit vielen Jahren auf Unternehmerverteilte vorhandener psychologisch erklärlichen Abneigung gegen den Einfluß der öffentlichen Meinung in Arbeits- und Lohnfragen überhaupt. In der Geschichte der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker bildet die Behandlung bzw. prinzipalsseitig gewünschte Beschränkung der freien Meinung und der öffentlichen Kritik durch das Organ der Gehilfenchaft und dessen Schrifteleitung von jeher ein dunkles Kapitel. Und wir kennen Prinzipalsvertreter, die beinahe jedesmal eine Gänsehaut bekommen, wenn sie den „Korr.“ oder gar einen seiner Redakteure irgendwo zu Gesicht bekommen. Sie werden weit mehr als notwendiges Übel, statt als gleichberechtigte Mitarbeiter in den meisten Fragen beurteilt. Nur verantwortungsbewusster Gehilfenchaft haben wir erfreulicherweise solche Tendenzen noch nicht wahrgenommen. Trotdem sind wir uns im Laufe der Jahre doch schon oft bewußt geworden, daß diese prinzipalsseitige Antipathie uns ein offenes, unabhängiges Eintreten für die Gehilfeninteressen sehr erschwerte, und daß wir insgesam weit mehr als irgendein Gehilfenvertreter zur Zielscheibe persönlicher und unfaßlicher Kritik geworden sind. Die „Korr.“-Debatten auf den meisten Generalversammlungen unferes Verbandes sprechen in dieser Hinsicht mehr buchstäblich als nur bildlich ganze Bände. Wir verzichten darauf, aus der Vergangenheit Einzelheiten nach dieser Richtung herauszugreifen, da die Liste der diesbezüglichen „Redakteursfreunden“ beinahe unerträglich ist. Es gibt hier „Unfallgefahren“, für die keine Berufsgenossenschaft irgendeine Haftung übernehmen kann, weil deren Ursachen oft zu verwickelt und deren Folgen meist subjektiver Natur sind, für die es kein andres Heilmittel gibt als das Bewußtsein, seine Pflicht nach besten Kräften getan zu haben.

Weit über den kleinen Personenkreis der Redaktion, ihrer ständigen oder gelegentlichen Mitarbeiter hinaus reicht aber der tiefere Sinn und Zweck der neueren Anebelungsversuche der Meinungsfreiheit im „Korr.“ von Prinzipalsseite. Bei Nichte betrachtet handelt es sich um einen nicht minder persönlich fundierten, als faktisch wohlberechtigten Anschlag auf die Freiheit der Gewerkschaftspresse durch reaktionäre, im Schicksalsspiel sogenannter Umstandsbegriffe verhüllte privatkapitalistische Unternehmerrückstellungen. Es sind Weiterzeichen neuerzeitlicher Mundtotmachung der Arbeiterpresse, die in die Spuren vornovemberlicher oder auch vormärzlicher Unternehmerautorität einschwenken möchte. Dazu soll das Mittel der Verdächtigung der Gewerkschaftspresse bei ihren eigenen Lesern in erster Linie dienen. Da es zur Zeit noch an Staatsanwälten fehlt, die

wie unter der Ara des längst entlassenen Sozialistengesetzes solchen Unternehmerwinten gehorchen mußten, versucht man es heute durch Reden zum Fenster hinaus an die große Masse der Arbeiterkhal selbst, indem man den Anschein zu erwecken sucht, als bedürfe es in unferm Falle nur eines Maulkorbes für den „Korr.“, und die Prinzipalität hätte wahrscheinlich nicht nur die von den Gehilfenvertretern geforderten 35 Mk. glatt bewilligt, sondern auch noch der Lösung der Lokalzuschlagsfrage im Sandumdrehen ganz im Sinne der Gehilfenchaft mit Sandblut zugestimmt. Man weiß da wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, die Naivität dieser „Korr.“-Schellerbaumenmänner oder ihre Spekulation auf etwaige Unzulänglichkeit der Gehilfenchaft! Es fällt uns wirklich schwer, diese Leipziger Säubungsweg-Diplomate mit dem gleichen Ernste zu behandeln, wie sie in der Gutsenbergalle am 8. Februar d. J. von der andern Seite des Hauses zum besten gegeben wurde. Wir wollen es trotzdem riskieren, und zwar im Hinblick auf ihre weiteren Konsequenzen.

Wir Buchdrucker haben es im allgemeinen von jeher als eine berufliche Ehrensache betrachtet, daß im Interesse des Gewerbes alles geleht und gedruckt werden sollte, was bezahlt wird, wie es sich gebührt. Wir haben bisher in dieser Hinsicht auch dort keine Grenze gezogen, wo sich das gedruckte Wort gegen untre eignen Berufs- und Lebensinteressen wendete. Wir waren von jeher gewerblich tolerant bis auf die Knochen. Zwar fehlte es zu allen Zeiten nie an einzelnen Stimmen, die einer solchen beruflichen Selbstzensur sehr unympathisch gegenüberstanden und den Buchdruckern zumulerten, nur das zu lesen und zu drucken, was ihnen oder den Arbeiterkhalissen überhaupt dienlich sei. Da dieser Standpunkt, wenn auch in andern Sinne, mit mehr oder weniger Nachdruck von jeher von berufsfremden Seiten teils passiv, teils aktiv begünstigt wurde, sei es durch preßgesetzliche reguläre oder irreguläre Vorschriften von Behörden, staatlichen, kirchlichen oder politischen (neuerdings stärker auch von privatkapitalistischen) Gewalthabern, so waren es doch immer in der Regel noch keine Buchdrucker, die die Kunst Gutsenbergs verkrüppeln wollten. Daß in den letzten Monaten einige parteipolitische Selbsthorne unter den Buchdruckern kommunikativer Färbung mit dem gleichen Mittel die Alleinherrschaft ihrer Ideen erzwingen wollten und noch wollen, war und ist zwar nicht besser, aber ebeno unelustig und mit dem bisherigen neutralen Buchdruckerstandpunkt in solchen Dingen nicht zu vereinbaren. Nachdem aber nun von maßgebender Seite des Deutschen Buchdruckervereins das Postulat der Meinungsfreiheit in den Fachorganen der Buchdrucker selbst in derartiger Weise zum Streitpunkte sozialer Gegenstände gemacht wurde, glauben auch wir nicht mehr, dieses Postulat mit jenem Nachdruck verteidigen zu können, wie es bisher von höheren Gesichtspunkten im wohlverstandenen Interesse des Buchdruckerwerbes zu beurteilen war. Wir bedauern das, weil es dem Gewerbe niemals zum Segen gereichen kann. Wir erwarten daher, daß man uns entgegenhalten wird, so war das ja gar nicht gemeint. Der Buchdrucker soll immer noch lesen und drucken, was ihm ohne Verstoß gegen die öffentlichen Gesetze möglich ist; so dürfte das Echo auf unsre vorstehende Feststellung von Prinzipalsseite herlingen. Das mag sein; aber wenn der „Korr.“ nicht mehr veröffentlicht sein soll, was den Prinzipalen unangenehm in die Ohren klingt, so kann das auch nicht mehr geleht und gedruckt werden. Und es ist nicht einzusehen, warum das nicht auch für die übrige Gewerkschafts- oder Arbeiterpresse gelten sollte! Oder soll nur das Gewerkschaftsorgan der Buchdrucker einen solchen Maulkorb erhalten, der ihm verbleibt, die Wahrheit und die Menschenrechte seiner Leser zu vertreten? Und wie steht es mit der Unternehmerpresse? Soll auch diese alles im Einklang lassen oder in die Papierkörbe werfen, was der Wahrheit zuwider und was der Arbeiterkhal unangenehm in den Ohren klingt? Fürwahr, dieser Sieb gegen die Meinungsfreiheit des „Korr.“ von Prinzipalsseite löst geradezu grobartige Perspektiven für das deutsche Buchdruckerwerbe aus! Und es ist nur gut, daß dieser

Dolchstoß in den Rücken der Dreifaltigkeit nicht von Gehilfenleite ausging, sondern von Prinzipalsseite. Den Szenenablauf möchten wir sehen, der losgegangen wäre, wenn ein solcher Stieb von Gehilfenleite erfolgt wäre. Die ganze Dolchstraße (Zuggewerbehaus) in Leipzig, einschließlich etlicher hundert Privatkontore allgemeiner Buchdruckerereinstellungen, würden voller Entrüstung kloben, wenn wir den Grundsatz verfochten hätten, daß die Meinung der Fachpresse sich in Zukunft der Auffassung ihrer Gegner anzupassen hätte.

Wir sind weder so boshalt noch so beschränkt, die „andere Seite des Hauses“ der Tarifgemeinschaft ob dieser mehr kurzschlittigen als hübnen Abwehr unbequemer Kritik zu beglückwünschen. Aber wir glauben es doch der Buchdruckerwelt schuldig zu sein, auf die Konsequenzen solcher unsachlichen Abwehrmethoden maßgebender Führer des Deutschen Buchdruckerereinstellungsvereins aufmerksam zu machen. Damit sie nicht, was gemeint wird. Wir sind nicht so eingebildet, zu glauben, daß es den Angreifern gegen den „Korr.“ im Prinzipalslager nur um den Schlap des einen oder andern Redakteurs oder Mitarbeiters am „Korr.“ zu tun ist; sondern wir erblicken darin ein deutliches Bekenntnis, das da lautet: „Die ganze Richtung paßt uns nicht!“ Und das ist des Pudels Kern, der hinter der ganzen Madelstichpolitik gegen den „Korr.“ auf Prinzipalsseite schon seit Jahrzehnten steckt. Einmal ist es der Ton, das andermal die Tendenz, dann wieder die Taktik, einmal unreife deutliche Fratzen, dann wieder sogar unser Schweigen, die beim Deutschen Buchdruckerereinstellung Liebenswürdigkeiten teils hinter den Kulissen, teils öffentlich gegen uns ausüben. Immer aber zielt sich wie ein roter Faden durch dieses Kesseltreiben die Auffassung, daß der „Korr.“ der Urheber aller Zwietracht, aller Unruhe im Gewerbe sei. Wäre der „Korr.“ nicht, dann wären Prinzipale und Gehilfen im deutschen Buchdruckgewerbe ein Herz und eine Seele; also in die Wollschlucht mit dem Scheinfall Das war schon unter Sierl, Galtz und Reghäuser so und ist jetzt eher schlimmer statt besser geworden, und zwar schrittballend mit der Zulipung der sozialen Gegensätze trotz Tarifgemeinschaft. Daß es auch Prinzipale gibt, und zwar nicht wenige, die in dieser Hinsicht objektiver denken, die eine offene und deutliche Kritik gewerblicher Mißstände durch das Gehilfenorgan als notwendig und berechtigt anerkennen, wissen wir zwar auch; aber sie sind nicht die Führer der Prinzipalsität. Und belanabe könnte es scheinen, als ob gerade ihr soziales Verhältniß sie dazu nicht befähigt. Und das ist das Schlimme, das Bedenkliche an der ganzen Sache.

Mit welchen Mitteln in dieser Hinsicht seitens des Deutschen Buchdruckerereinstellungsvereins gegenüber dem „Korr.“ gearbeitet wird, zeigen am deutlichsten die weiteren Angriffe auf das Verbandsorgan am letzten Tage der hinter uns liegenden Tarifauschubstung. Aus dem Beschlusprotokoll (Seite 7 in Nr. 19) ist zu erleben, daß die Veröffentlichung des Schiedspruchs vom Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums durch den „Korr.“ (Nr. 18) den Prinzipalsvertretern einen Vorwand geboten haben soll, sich von der Zustimmung zu der strittigen Kommissionsvorlage zu drücken. Die Kommissionsvorlage sah bekanntlich für die höchste Lokalzuschlagsstaffel einen um 15 Mk. höheren Betrag der Wirtschaftsbeihilfe vor. In voriger Nummer haben wir in unferm Rückblick auf den Abschluß und die Konsequenzen der Tarifauschubstung dagegen schon festgestellt, daß infolge der Verlängerung des Gültigkeitstermins bis zum 15. Mai die Wirtschaftsbeihilfe der oberen Stufe nach den Grundlagen des Schiedspruchs um 15 Mk. höher hätte sein sollen, als es die Kommissionsvorlage vorschlag. Daß die Gehilfenchaft der betreffenden Orte diesen „Rechenfehler“ ohne größere mathematische Beweise sofort entdeckt hätte, kann keinem Zweifel unterliegen; ja, es wurde dieser Umstand, der nicht auf das Konto der betreffenden Gehilfenkommissionsmitglieder zu setzen ist, in einer diesbezüglichen Sonderberatung der Gehilfenvertreter auch sofort festgestellt und dielerhalb die Juridizierung der Gültigkeitsdauer der Kommissionsvorlage auf den 1. Mai (statt 15. Mai) von allen Seiten gefordert. Die Vorpiegung der Lächerlichkeit wegen Überschreitung der Höhe des Schiedspruchs auf Prinzipalsseite war also mindestens ein Irrtum. Als abschließliche Dipierung der Gehilfenchaft muß es aber bezeichnet werden, daß die vorzeitige Veröffentlichung des Schiedspruchs durch den „Korr.“ draußen im Lande verwirrend gewirkt hätte. Denn der Schiedspruch wurde im „Korr.“ in Nr. 18 veröffentlicht, die außerhalb Leipzigs erst am 12. Februar durch die Post zur Ausgabe gelangte. Die entscheidenden Bestimmungen über die Kommissionsvorlage fanden aber in Leipzig schon am 11. Februar statt. Und der Prinzipalsredner, der die ablehnende Haltung am Schluß dieses Tages begründete, hätte es doch lieber nicht entgehen lassen, die Veröffentlichung des Schiedspruchs im „Korr.“ auch schon bei dieser Gelegenheit als erschwerend ins Feld zu führen, wenn er nicht als tatsächliche für die ablehnende Haltung der Prinzipale ausschlaggebend gewesen wäre. Er tat es aber nicht, weil er noch gar nicht daran dachte. Diese Erklärung kam erst über Nacht (vom 11. bis 12.)

und bildete in der Hitze der kolossalen Verlegenheit der Prinzipalsvertreter angesichts der kritischen Situation am Morgen des 12. Februar lediglich eine nicht gerade mannhaftige Ausrede. Aber der Zweck dieser Abung war, dem verhassten „Korr.“ noch eins auszuwischen, um das prinzipalsseitige freudlose Spiel mit dem gewerblichen Frieden zu bemänteln. Der Sprecher der gehilfenständigen Organisationsvertreter hat laut Beschlusprotokoll diese Sachlage auch sofort deutlich gekennzeichnet und damit das durchsichtige Manöver der Prinzipalsvertreter durchkreuzt.

Dieser Vorgang ist ein klassisches Schulbeispiel dafür, mit welchen Mitteln auf Prinzipalsseite gearbeitet wird, um zwischen die Gehilfenchaft und den „Korr.“ einen Keil zu treiben. Er beweist aber auch, mit welchen Schwierigkeiten die Redaktion bei der Verlesung der Gehilfeninteressen zu rechnen hat. In Fallstricken und Sperreuer ähnlicher Art hat es noch nie gefehlt. Nur selten aber sind wir in der Lage, die Leser des „Korr.“ von solchen Dingen unterrichten zu können, weil die Drabstgeber hinter den Kulissen meist nicht so ehrlich sind, offen Farbe zu bekennen. Und so wie uns ergibt es meistens auch den Gehilfenvertretern. Es ist dieselbe Taktik, die in Tausenden von Fällen schon von einzelnen Gehilfenleitungen angewandt wurde, um die Vertrauensmänner oder Betriebsratsmitglieder einzelner Personale in Mißacht bei ihren Kollegen zu bringen: Nicht jeder Kollege erkennt sofort die Schliche, die dahinter stecken, wenn er unter dem Schimmer eines sogenannten persönlichen Vertrauens über dieses oder jenes hinter dem Rücken des Vertrauensmannes unter „vier Augen“ im Kontor oder sonstwie von Prinzipalsseite oder dieler nabehenden Persönlichkeiten interpelliert wird. Auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege kommen dann die „Schlaglichter“ zustande, mit denen die Prinzipalsität und deren Führer bei wichtigen Verhandlungen im Interesse der Allgemeinheit stellen zu können glauben, daß die Gehilfen in der Regel von den Forderungen der Vertrauensmänner, der Gehilfenvertreter usw. „gar nichts wissen wollen“ und ganz zufrieden sein würden, wenn z. B. der „Korr.“ nicht wäre, der von Anfang „geheißt und geküßt“ hat. In dieser Hinsicht erstirbt in Wirklichkeit hinter den Masken biedermännlicher Sozialpolitik oft ein moralischer Sumpf, der wie schleimendes Gift die gewerkschaftlichen Arbeiterkreise zu zerlehen sucht. Ein gefährlicher, weil unsichtbarer Feind der Arbeiterchaft, der ihren Führern oft auf Schritt und Tritt in den Rücken zu fallen droht, und leider infolge großer Ehrlichkeit und Vertrauensseligkeit vieler Arbeiter ohne deren Willen immer noch viel zu viel Infiltrationsstellen findet: Kommen dann solche Sumpfgestalten in unserm Gewerbe zur Entladung, dann muß letzten Endes der „Korr.“ als Abfallbehalter dienen.

Einmal blüht es von links, dann von rechts. In der Mitte dieses Kreuzfeuers steht der „Korr.“ seit den ersten Tagen seines Bestehens und wird auch fernerhin allen Weltlern trotzen, und zwar um so zuverlässiger und wirksamer, je tiefer sein Untergrund ist: Das Vertrauen der Kollegenchaft. Das ist der Fels, auf dem das Verbandsorgan stehen muß und um so fester stehen kann, je gerechter und besonnener alle, die uns helfen und stützen wollen, daran denken, daß der „Korr.“ lediglich das Sprachrohr der Gehilfenchaft bilden soll, aus dem die Verhältnisse und Ansichten der Kollegen am Fassen wie an den Maschinen in möglichst naturgetreuer Wiedergabe herauszuklingen sollen. Das erfordert, daß sowohl die Redaktion wie alle Berichterstatter und Einfasender von Stimmungen bildern über diese oder jene Streitfrage stets daran denken müssen, die Verhältnisse so zu schildern, wie sie in Wirklichkeit sind, und daß auch alle subjektiven Auffassungen eine Darstellung erhalten, die den Tatsachen entspricht. Vor allen Dingen ist dabei nie zu vergessen, daß alle öffentliche Kritik um so wirksamer ist, je weniger der kritisierte Teil sich nachher darauf berufen kann, daß in der Kritik weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Für die Redaktion bildet diese Notwendigkeit von jeher eine sehr schwierige Aufgabe, weil sie stets mehr als jeder gelegentliche Einfasender die Interessen der Gesamtheit der Kollegenchaft im Auge behalten muß, was nicht selten eine Zurückhaltung und noch öfter wesentliche Korrekturen oder Streichungen allzu exponierter Ansichtsaussagen bedingt, die in der großen Masse der Kollegenchaft nur Widerspruch mit nachfolgenden Organisationsdifferenzen zeitigen würden.

Daß der „Korr.“ trotz dieser gewissenhaften Sichtung und Verarbeitung vieler für die Gehilfenchaft und das Gewerbe wichtigen Zeit- und Streitfragen nicht die Sympathie der Prinzipalsität findet, ist lediglich ein Beweis der sozialen Gegensätze zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft in unserm Gewerbe, die auch durch die Tarifgemeinschaft nicht überbrückt werden können. Je enger die Prinzipalsität den Begriff der Tarifgemeinschaft ziehen will und sie dadurch in immer schärferen Gegensatz zu den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Gehilfenchaft bringt, desto entschiedener muß der „Korr.“ diesen reaktionären Tendenzen entgegenstreben, weil die Tarifgemeinschaft nur ein Mittel zur Erreichung geziel-

licher Berufs- und Lebensverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe und nicht das Ziel selbst sein kann. Tarifliche Arbeits- und Lohnangelegenheiten sind immer nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Wird ihr Rahmen gegenüber der Prognis des sozialen und wirtschaftlichen Lebens zu eng gehalten, so geht eben das Leben in naturgehehlicher Entwicklung über diese Fesseln hinweg und sprengt sie schließlich, wenn sie nicht zeit- und fortschrittsgemäß angepaßt werden. Dielem auf- und vorwärtsdrängenden Kulturfaktor alles menschlichen Lebens hat auch der „Korr.“ zu dienen. Zu diesem Zweck haben wir uns ein Verbandsorgan geschaffen; und es ließe das Grundprinzip aller menschlichen und beruflichen Organisation verleugnen, wenn wir den „Korr.“ zu einem Instrumente des Willens unserer Gegner auf dieser Bahn degradieren wollten!

## Die öffentlichen Steuern und unsere Not

Der Artikel Ripani (Dresden) in Nr. 148 v. J. über „Die öffentlichen Steuern“ gab mir den (vielleicht nötigen) Anstoß, diese schon längere Zeit vorliegenden Seiten zu vollenden.

Die „neue Steuer“ — die hat es uns angefallen! Sie schredte den deutschen Michel vielleicht mehr auf als alles Vorangegangene; ralfos war alles: Die Raffigkeit wurde aber nicht gemindert durch „Verbesserungen“, „Erleichterungen“ und wie die schönen Worte alle heißen. (Sie wird auch nicht beboben, durch das passive Verhalten der Arbeiterparteien einschließlich Gewerkschaften.) Man war redlich bemüht, auch hier „die Vereinfachung der Verwaltung“ nicht durchzuführen und dem Arbeiter als Steuerzahler die angelegte Baumnenschraube nicht zu lockern.

Was nun? Ist es recht, daß man die Steuer vom Lohn abzieht? Ja, recht, und wenn ein erträgliches Abzug gemacht wird, auch gerecht! Auch wir Arbeiter müssen ein Interesse daran haben, daß jeder Volksgenosse nach seinen Kräften herangezogen wird; wir müssen lernen ein Interesse daran haben, daß es unmöglich gemacht wird, jahrelang „anfällig“ zu sein, ohne einen Pfennig Steuer zu zahlen. Nicht gerecht aber ist der unerhörte hohe Abzug von mit den geistigen oder körperlichen, überhaupt physisch-manuellen Kräften verdientem Lohn, von dem Einkommen, das nach Ansicht und Erfahrungen aller kaum ausreicht, das nackte Leben zu fristen; ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, Kleider, Schuhe, Wäsche aller Art und sonstige Bedarfsartikel und Gebrauchsgegenstände zu erhalten bzw. zu ersetzen.

Man höre endlich auf mit dieler Steuermacherei und schaffe einfache und klare, in erster Linie erträgliche Formen dafür. Man höre auch endlich einmal auf mit all den schönen Worten und lasse bessere (nicht „höhere“) Taten folgen.

Es genügt nicht, wie der Artikel von Ripani meint, permanent 10 Proz. abzuziehen zu lassen und dann Schluss; nein, es gibt nur eine rettende Übung und die muß heißen: Auf alle Fälle muß die Steuer „herunter“ von dieler Höhe, und anderseits müssen Mittel und Wege gefunden werden, die wirklich Steuerpflichtigen und -fähigen rückichtslos herauszugeben. Steuer ist genügend, wirklich genügend bereinzubekommen, aber — nicht von den Arbeitern. (Freilich, so einfach und so bequem nicht als bei dielen.) Geld ist genug, wirklich in Überflus vorhanden, aber — nicht bei den Arbeitern. (Erf dieser Tage erklärte ein niederbayerischer Bauer seinen Verammlungsleitnehmern: „... Bauern, wir schwimmen gegenwärtig im Geld; es kann uns aber wieder schlecht gehen, wenn wir uns nicht zusammenschließen und trachten, unsere Produkte sehr teuer zu verkaufen, und das, was wir brauchen, so billig als möglich einzukaufen.“)

Man müßte doch keinen Tropfen warmen Blutes mehr in den Adern haben, wenn man solche Steuer„macherei“ nicht als billeres Unrecht empfindet. Man denke nur an die ab und zu in Arbeiterblättern (neulich auch im „Korr.“) veröffentlichten Auszüge aus Steuerstatistiken, wonach Fabrik- und Grundbesitzer nicht nur verhältnismäßig, sondern wirklich weniger Steuern zahlen als der „gewöhnlichste“ Arbeiter. Das sind doch unerhörte und unerträgliche Zustände! Ich behaupte: niemand wird so kraftig zur Steuererleichterung herangezogen wie gerade der Lohnarbeiter. Die ganze Landwirtschaft, der ganze Handel (besonders ein grosser „Lahrende“ und „fliegende“, dabei aber still und emsig am Telefon sitzende) wälzt so viel als möglich ab von seinen Schultern. Ganz zu schweigen vom eigentlichen Kapital. Alles verkehrt: Kleines, nur zum Begleiten reichendes Einkommen — unerlöschliche Steuerbelastung! Riesenerlöse — winzige Steuerbelastung! Das muß anders werden. Wir werden unsere Steuer bezahlen wie ebenedem, aber sie muß gerechtere Formen bekommen. Es soll durchaus nicht eine planlose und unnötige „Heße“ (denn Heße ist doch alles, gegen das sich der Arbeiter wehrt) in Szene gesetzt, sondern alle Kräfte müssen geeint werden, und dies kann nur in den Organisationen geschehen. In erster Linie (eigentlich selbstverständlich) sind unsere gewerkschaftlichen Organisationen berufen, den Anstoß zu geben. Es müßte Verständigung gesucht und gefunden werden, alle Arbeiterparteien und -führer für die Herabsetzung der Lohnneinkommensteuer zu interessieren und zu überzeugen.

Verschiedene Wege führen nach Rom. Auch beim Steuerabzug trifft das zu. Der einfachste Abzug (mit dem sich bei richtiger Organisation auch eine Vereinfachung der Verwaltung durchführen ließe) wäre der wie



Feuer, im Sommer 1920 deklariert, ist in vielen Bezirken noch nicht eingeleitet worden. Vom Reichsopfer steht meistens noch die erste Rate aus. Die Landwirte, die zum 15fachen Friedenspreise verkaufen, wollen ihr Einkommen nur nach den Friedenspreisen verkaufen. Der Steuerbetrag durch die Besitzenden geht ins Alltagsraue. Da nur ausgelast, ihr Steuermentchen, denn wo ihr's anpackt, ist es „interessant“! Für die Lohn- und Gehaltsempfänger, die dagegen auf Heller und Pfennig steuerlich erfasst werden, wird der Reichstag jedenfalls die Nichteingehung der über den Lohnabzug hinausgehenden Steuerbeträge beschließen und eine Lohnsteuer einführen. Aber sie ist mit 10 Proz. unbedingt zu hoch und ungerecht gegenüber den Sähen der Besitzleuten.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die männlichen Hauptunterstützungsempfänger haben im Januar von 335000 auf 357000, die unterstützten Vollerwerbslosen von 410000 auf 432000, die unterstützten Familienangehörigen von 457000 auf 495000 zugenommen. Da nach den für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehenden Beschränkungen die wirkliche Zahl der Arbeitslosen weit größer ist, ferner die Kurzarbeiter auch ein Heer stellen, so kann gelagt werden, daß ungefähr 10 Proz. der Gesamtbevölkerung Deutschlands ganz oder teilweise von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ein sehr trübes Bild! Was wird da erst werden, wenn die Londoner

Konferenz nach dem Willen der Entenbleistoren ausfällt, die Pariser Beschlüsse also eher noch verschärft werden? Und auf der andern Seite dieser unheimliche Döwidenlegen der Großunternehmer und die selten Profite der Kleinhandlillisten! Die sogenannte Weltordnung ist noch niemals „göttlicher“ gewesen als in dieser Zeit, der Sinnes sein Gepräge gibt.

Gründung eines kommunistischen Arbeiterlängerbundes. In der „Rollen Fahne“ war kürzlich zu lesen, daß die Zeit des Deutschen Arbeiterlängerbundes erfüllt sei, sinemalen er „den Charakter einer proletarischen Organisation verloren hat“ und „durch Verhufden seiner Berliner Leitung total verlerucht ist“ von kleinbürgerlicher Denkwelse und Harmoniebusel“. Der zu den Grundlängen der Dritten Internationale stehende neue Sozialistische Arbeiterlängerbund Deutschlands ist nun der Hort aller wahren Arbeiterlänger. Also abermals eine kommunistische Spaltungsaktion, zu der das Geplär von der proletarischen Einigungsaktion gemäß dem kommunistischen Offenen Briefe paßt wie die Gault auf Auge.

### Briefkasten

P.-r. in D.: Sobald es möglich ist. — S. A. in N.: Das erste beantworten wir mit nein, das andre ebenso, mit dem Zusatzigen, daß weder Stellung noch Einreiseerlaubnis zu erlangen wäre. — S. Z. in P.: Die betreffenden allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen

fordern den Abzug. Aber in vielen Fällen wird dies nicht buchstäblich genommen. Wo Unternehmer und Arbeiter sich nicht verständigen, bleibt das Gesetz der bittere Rest. — W. St. in C.: Wird aufgenommen. — S. Fr. in C.: Inerfall traf zu spät ein; Nr. 23 war schon im Druck. — W. W. in Wneburg: 7 Mh.

In Berücksichtigung mehrerer geäußelter Wünsche wird im „Tungbuchdrucker“ ein Verampfungskalender (ähnlich dem im „Norr.“) eingerichtet werden. Dafür bestimmte Anknüpfungen von Verbringungsveranlassungen usw. müssen bis zum 15. jeden Monats, dem Abschlußtermin der jeweils fälligen Nummer, in unsern Sänden sein.

Redaktion des „Tungbuchdrucker“, Leipzig, Salomonstraße 8.

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsipfah 5 IL  
Vernsprecher: Alml Kurfürst, Nr. 1191.

### Bekanntmachung

Statistikarten für die Zählung der Arbeitslosen einfenden!

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einfendung der grauen Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im Monat Februar 1921: 7. März 1921, pünktlich einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Sichtung ist der 26. Februar. Die Karten müssen auch dann eingelangt werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden sind. Zur richtige Frankierung der Karten ist zu achten!  
Berlin. Die Hauptverwaltung.

# Erklärung

Die im Aufruf des Aktionsausschusses im „Korrespondent“ Nr. 21 vom 19. Februar zum Ausdruck gebrachte Tendenz des Vertrauensbruchs seitens der in dieser Sache amtierenden Kommission ist vollkommen unberechtigt. Die Kommission hat in einwandfreier Weise ihre Vorarbeiten zur Vornahme der Wahl erledigt. In unverantwortlicher Weise hat der rechtssozialistische Aktionsausschuss parteipolitische Absicht heraus das Ansehen der Leipziger Mitgliedschaft geschädigt. Der Gauvorstand verurteilt das Verhalten aller der hierbei in Betracht kommenden treibenden Kreise. Der Vorstand des Gaues Leipzig

### Nur Verbandskollegen

offerierte einen Vollen erstklassiger Kasserapparate, Messing, stark versilbert, mit abgegrünter Klinge, in einem Glasi und mit zwei Kasserhlingen für 17,50 Mh., bei Abnahme von 10 Stück a 15 Mh. (Sobaltrakt 28 Mh.)  
Vertreter gesucht.  
Kollege Winkler, Berlin SO 26, Reichsberger Straße 5.

### Illustrations- und Farbendrucker

Wer nur erstklassige Ansprüche sofort oder später in guter, dauernder Stellung sucht. Angebote erbelen an  
Häufigste Verlagsanstalt, Hauptstadt a. d. S.

### erster Rotationsmaschinenmeister

mit langjähriger Erfahrung an 32seitiger und 16seitiger Frankentaler Rotationsmaschine (erster mit Bildredameter), der zuverlässig und pünktlich ist und für sauberen Druck der Zeitung garantiert, zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn gesucht. Reisepesen werden vergütet.  
„Obersteifische Volksstimme“, G. m. b. S., Oietzsch.

### Tüchtige Schriftgießer

Mr. Fischer-Komplettmaschinen, Type I und II, sofort für dauernd gesucht.  
Benjamin Krebs Nachfolger, Frankfurt a. M.

### Druckereibuchbinder

guter Maschinenkennner, der selbst mitarbeitel und vorteilhaft zu disponieren vermag, bei guter Bezahlung zum sofortigen Eintritt gesucht.  
„Obersteifische Volksstimme“, G. m. b. S., Oietzsch.

### Tüchtiger, erfahrener Schweizerdegen

durchaus bewandert in allen vornehmenden Sagarlen, gleichfalls Gutes an der Maschine leistend und der einem kleinen Personal mit Umsicht vorliegen kann, möchte sich in Leipzig ab. limg. verändern. Sichige Stell. ungeschädigt.  
Werte Angebote unter W. H. 401 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbelen.

### Linothypeseher

(Doppeldecker) mit längerer Praxis und guten Maschinenkenntnissen, sofort gesucht.  
Buchdruckerei des „Lindener Hofangelegers“, Hannover-Blinden.

### Monolineeseher

tüchtiger, guter Maschinenkennner und -pflger, der auch am Kassen Gutes leistet, in angenehme Vauerstellung gesucht.  
Badruckerei, Bad Oeynhausen.

### Typographieseher

Tüchtiger, zuverlässiger Typographieseher mit längerer Praxis, für Modell B sofort gesucht.  
Hermann Kampen, Hamburg 22, Vertholstraße 422.

### Typographieseher

Flotter und durchaus zuverlässiger Typographieseher, der auch am Kassen Gutes leistet, in angenehme Vauerstellung gesucht.  
Badruckerei, Bad Oeynhausen.

### Typographieseher

(Modell UB) möglichst sofort gesucht. Entlohnung nach Leistungen über Tarif.  
Hermann Erb, 417) Hamburg, Speersort 11.

### Typographieseher

Durchaus tüchtiger, selbständiger Typographieseher (A und B) wünscht sich zu verändern. 13jährige Praxis. Off. erb. u. M. G. 411 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Typographieseher

Älterer, erfahrener Typographieseher, 13jährige Praxis. Off. erb. u. M. G. 411 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Typographieseher

Durchaus tüchtiger, selbständiger Typographieseher (A und B) wünscht sich zu verändern. 13jährige Praxis. Off. erb. u. M. G. 411 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 1411). — Druck: Rabell & Hille in Leipzig.

## Arzidenzseher

21 Jahre alt, in ungeschädigter Stellung, such! angenehme Stelle, am liebsten in Thüringen. Weiße Stimmnisse an der Vintopie. Angebote unter O. 403 an die Geschäftsstelle d. Bl.

## Junger Schriftseher

(21 Jahre), im Arzidenz- und Inzeratenlage bewandert, in ungeschädigter Stellung, such! für Anfang April oder später Stellung. Weiß. Angebote unter W. F. 419 an die Geschäftsstelle dieses Bl. erbelen.

### Wo kann sich Junger, streblamer Seher an der

**Linothypeseher**  
Berlin und Vororte bevorzugt. Angebote erbelen an  
S. Glende, Berlin SO 26, Naumpstraße 5.

### In Leipzig

sucht sich flotter, an selbständiges, sauberes Arbeiten gewöhnter  
**Linothypeseher**  
mit langjähriger Praxis, guter Maschinenkenntnissen, für jetzt oder später zu verändern. Wertvolle Angebote an  
F. Werner, Leipzig-Bl., Weißelstraße 10.

### Arzidenzseher

20 Jahre alt, firm in allen Sächern des modernen Buchdrucks, mit Zweilourenmaschine sowie Inzeratenapparat, Notary-Vertraut, such! Stelle. Eintritt kann auf Wunsch sofort erfolgen. Weiß. Angebote erbelen an  
Rudolf Pfister, Eggenfelden (Niederb.).

### Arzidenzseher

21 Jahre alt, mit guten Zeugnissen, such! baldmöglichst Stellung. Angebote erbelen unter H. W. 409 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Arzidenzseher

21 Jahre alt, mit guten Zeugnissen, such! baldmöglichst Stellung. Angebote erbelen unter H. W. 409 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Egal wohin!

Junger, streblamer  
**Arzidenzseher**  
19 Jahre alt, bewandert im Werk-, Platten- und Arzidenzseh  
such! baldigst Stellung  
Angebote unter Nr. 418 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Typographieseher

Sehmaschinenmeister u. -instrukteur. Sehmaschinen- und Stereotypiemaschine. Verlangen Sie Broschüre. [370] Paul Barth, Düsseldorf, Plouierstr. 20.

### Typographieseher

Sehmaschinenbedarf: Sammlerherne, -bänder, -gläser, Magazinbüchsen, Stadiaturpilsel, Krähelbüchsen, -Erstseife, Wasserlösliche für Typograph.  
Franz Müllig, Stuttgart-Galsburg.

### Typographieseher

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Anzeigen wollen Interessenten der Vorortersparnis wegen den Wert: aggleich mit befragen; bei Beträgen unter einem Mark Briefmarken, kein Stadtnoteid.  
Geschäftsstelle des „Norr.“

**Kommentar zum Betriebsrätegesetz**  
von Dr. G. Flatow  
M. 9. —  
**Das Gesetz über Betriebsräte mit Nachtrag: Die Wahlordnung zum Gesetz über Betriebsräte**  
von S. Aufhäuser  
M. 5. —  
Verlag des V. D. D. B. G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8, Postfch. 53730

**Anlegemarken für Flegel**  
aufhebe u. aufspannbar. 1 Dhs. 13 Mh. M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstr. 9.

**Graphische Fachklassen**  
Entwurf- und Werkstatt-Ausbildung. Aufnahme durch die **Barmen.**

### Vorausbestellung nötig

Im April erscheint die achte, völlig neu bearbeitete und vermehrte Auflage von  
**Mehers Handlexikon**

Etwa 75000 Stichwörter, 2000 Abbildungen auf 1632 Spalten Sept. 7 bunten, 46 schwarzen Seiten, 8 farbigen und 37 schwarzen Karten, 24 farbigen und halbtüchtigen Übersichten, 1406 Ganzseiten gebunden 92,50 Mh. Abzahlung 10 Mh. monatl.  
C. S. Otto & So., Berlin-Nichtersfeld.

**Teilzahlung**  
Photo-Apparate aller Art  
Photogr. Artikel  
Kataloge umsont u. portofrei.  
Jenass & Co., Berlin P. 407  
Belle-Alliance-Str. 7-10.

Alles Nähere über die Gemainschaft für Linienfreunde in Braunfchwelg, Scharnhorststr. 10, wird kostenlos zugesandt.

### Typographieseher

Erfahrene, Matrizen usw. repariert schnellstens und preiswert. Monitore zur Verfügung. Erstklassige Referenzen.  
Karl Hermann, Leipzig-Connewitz, Biedermannstraße 27. [202]

### Zurichteseher und Scheren

Ählen und Ängelten sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfehl.  
St. Siegl, München 9, Rotundusstraße 1. Katalog 50 Pf.

### Maschinenband

Friedensqualität, liefern  
Beyner & Moß, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

### Schlips- u. Verbandsnadeln

Werkzeugkasten, verschleißbar, sowie Maschinennr. u. Seher empj. l. beil. Qual. Kollege Max Boigt, Leipzig-Gärtlerth, Papientublr. 5 IL. Preisliste gratis. [616]

### Segregale und Kästen

sowie Formegale, Segregale, Maschinische, Wägen- und Farbenbrände, Sahbreiter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager.  
Beyner & Moß, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Von den während der „Nugra“ 1914 herausgegebenen Poltkarten mit dem

### Verbandsmonument

ist noch ein kleiner Rest zum Preise von 15 Pf. für zwei Glasi (Grasi- und Liebruch) abzugeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 10 Pf.).  
Gegen Voreinrichtung des Betrags auf unser Poltkachkonto, Leipzig Nr. 61328, zu beziehen von  
Geschäftsstelle des „Norr.“

### Verbandsmitglieder! Schließt

nur Versicherungen ab bei der **Volksfürorge.**  
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Hamburg 5.

### Gebrauchte Fachlehrbücher

nach gut erhalten, haust jederzeit  
Graph. Verlag St. Siegl, München 9.

### Paul Max Richard Gall

am 10. Februar verchied nach kurzem Krankenger unter lieber stollege und Mitarbeiter, der Schriftseher  
aus Stellung, 63 Jahre alt.  
Sein biederer und kollegialer Charakter und sein allem guter Humor sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Die Kollegen der „Frankfurter Zeitung“, Frankfurt a. M.

### Am 12. Februar verlorb nach

längeren Leiden unser liebes Mitglied, der Maschinenseher  
Franz Beck  
in Nagen. [410]  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Bezirk Lüneburg.

### Am 13. Februar verchied nach

längeren, schwerem Leiden unser lieber stollege, der Seher [420]  
Mag Schmidt  
aus Lauban l. Schl., im Alter von 24 Jahren.  
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
Bezirksverein Strichberg.

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich miteinzufenden.

Beilage zu Nr. 24 — Leipzig, den 26. Februar 1921

Redaktionschluss. Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Deutschlands Ernährung und die Landwirte

Es war einmal ein mächtiger Kaiser (wenigstens hielt er sich für mächtig), der sagte einmal bei guter Stimmung: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser!“ Einer seiner Anhänger, ein Erbhöfner, war anderer Meinung und sprach: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Mist!“ Der Mann hat recht behalten.

Ein altes Sprichwort sagt: „Wasser hat keine Balken.“ Die Balken, die umherklimmen, sind uns genommen, und Deutschland liegt nun im — Sumpf! Und alle, die es verlohnt haben und es noch versuchen, Deutschland zu heben, haben sich wohl in gehobene Stellung gebracht und bereichert, aber das Reich noch mehr vermodert und dem Volke Vallen aufgebürdet, die es nicht mehr schleppen kann. Immer die Schiffe den Häfen werden zuerst ergriffen, während man das Kapital sich frei bewegen läßt. Einmal mit kleiner Milliarde ist der beste Beweis.

Seit mehr denn 30 Jahren geht das Bestreben der Erbhöfner dahin, die Zuluhr ausländischer Lebensmittel nach Deutschland zu verhindern. Mit vollen Händen schenken sie in den Parlamenten: „Die deutsche Landwirtschaft ist imstande, Deutschland allein zu ernähren.“ Den Beweis dafür haben sie aber nie erbracht. Mit der Gründung des Bundes der Landwirte (1893) und seines Leiborgans, der „Deutschen Tageszeitung“ (1894), nahm das Geschrei noch mehr zu. Die Regierung wurde nach allen Regeln der Kunst bearbeitet, alle maßgebenden Stellen wurden mit Erbhöfnern und deren Vertretern besetzt. Um die Einuhr ausländischer Lebensmittel einzuschränken, wurden dieelben mit hohen Zöllen belegt und dem Volke die Nahrung künstlich verteuert. Man sagte allerdings: um die deutsche Landwirtschaft zu schützen. Dabei wählten sich die Erbhöfner Ausuhrprämien zu verschaffen und verkauften ihre Erzeugnisse nach dem Auslande billiger als im Inlande. Das Volk mußte eben zahlen. Von Jahr zu Jahr stiegen die Preise der Landesprodukte, vermehrten sich die Einnahmen der Landwirte. Geschrieben wurde allerdings: „Die Landwirtschaft leidet Not, die Landwirtschaft verhungert.“ Die Arbeiter und Angestellten jedoch mußten ihr Einkommen bis auf den letzten Pfennig verlieren. Die Landwirte, speziell Erbhöfner, hatten aber ein besonderes Rechenstystem und wählten so geschickt zu rechnen, daß sie oft gar keine Steuern hatten und demzufolge nur wenig oder gar keine Steuern zahlten. Noch im Jahre 1918 zahlten Gutsbesitzer in Pommern bei Vollen von Wütern von 500 Morgen im ganzen Jahre 36 Mk. Steuern. Bis heute ist die Landwirtschaft zu den Steuern auch noch nicht härter erfaßt worden, obwohl der Staat nicht weiß, woher er das Geld nehmen soll.

Als 1914 der unglückliche Krieg ausbrach und die Blockade der Engländer einsetzte, da war die Ernährung Deutschlands auf die eigene Landwirtschaft angewiesen. Die Erbhöfner hatten ihr Ziel erreicht. Statt nun alle Kräfte anzulegen, um die Produktion zu steigern, steigerten sie die Preise ihrer Produkte. Denn der Preis richtete sich nach Nachfrage und Angebot. Die Zwangsirtschaft wurde eingeführt und der Schleichhandel geschäftet. Es begann eine Hochkonjunktur der Erbhöfner. Zwar wurden Verordnungen erlassen, daß die Landwirte alle ihre Produkte abliefern sollten, und auch Höchstpreise festgelegt; aber dieses alles nur auf dem Papier.

Unsere ganzen Regierungsvertreter, vom Träger der Krone an, waren Erbhöfner. So konnte man doch keine Verordnungen erlassen und Maßnahmen ergreifen, die man auf sich selbst nicht angewendet wissen wollte! Und die kleinen Landwirte richteten sich nach den großen. Statt kräftig zuzulassen, Güter und Böden zu enteignen und die Besitzer, die nicht genügend anbauen und liefern, an die Front zu schicken, wurde von Patriotismus und Moral gepredigt und — Lieferprämien geboten. Nun waren die Landwirte auf den Wohlstand gekommen und mußten, was sie von der Regierung zu erwarten hatten. Sie hielten eine Sandvöll Futler hin und verlangten Prämien.

Während die Frauen und Männer in den Städten in den Munitionsfabriken und Kriegsrüstungswerkstätten hungern mußten und doch schafften, daß durch reichliche Munition der äußere Feind von den Grenzen gehalten wurde, kannte der Landwirt keine Nahrung Sorgen. Im Gegenteil, er lebte viel besser denn vorher. Während meiner Ferien hatte ich in den Jahren 1917, 1918 und 1919 von einer kleinen Stadt in Pommern aus Klein- und Erbhöfnern bestraft und durch Vermittlung selbst mit Gutsbesitzern Frühling bekommen — da habe ich gesehen, wie die Leute lebten! Marmeladestullen oder trocken Brot, wie wir in der Stadt, kannten sie nicht; Butter und Schmalz stand reichlich auf dem Tisch, und Milch war in Büden vorhanden. Aber glaube niemand, daß sie davon angeboten hatten; nur für teures Geld war das zu haben, und auch häufig dann noch nicht. Weil die Schleichhändler Preise zahlten, die selbst die Landwirte sich schämen, von Bekannten zu fordern. Während Kranke und Säuglinge in der Stadt kaum ein Viertel Liter Milch bekamen, hatten auch Arbeiterfamilien auf dem Lande täglich 5—7 l Milch

zur Verfügung. Bauern mit 12—15 Milchkuhen lieferten täglich nur 45—60 l Milch ab, weil der Präsident des Bundes der Landwirte, Dr. Rüdiger, in öffentlicher Verammlung erklärt hatte, bei der Futlerknappheit geben die Kühe kaum 4 l Milch pro Tag. Die Regierung glaube es. Die Kühe, die ich zu leben bekommen hatte, gaben alle 8—12 l Milch, einige sogar 14 täglich. Die überflüssige Milch wurde zu Wucherpreisen verkauft oder verbuttert, und die Butter „zu angemessenen Preisen“ dem Schleichhandel überliefert. Vieh wurde heimlich gemästet und Schleichhandel damit getrieben. Die Gendarmen wählten wohl eine Frau aus der Stadt, wenn sie für ihre hungernden Kinder Kartoffeln zusammenholte, abzuwaschen und die Lebensmittel zu beschlagnahmen, über ganzen Viehtransporten und Waggonladungen verbotener Lebensmittel gingen sie aus dem Wege, denn die führten von den Gutsbesitzern her. 1917, als die Kartoffeln den Städten mehr wie knapp waren, hatte ein pommerscher Erbhöfnerbesitzer und preußischer Major 28000 Ztr. Kartoffeln an eine Spiritusfabrik verschoben. Die Spalten füllten es dort von den Wädnern, nur der Landrat und der Staatsanwalt hörten es nicht. Während in den Städten oft nicht ein halbes Pfund Fleisch pro Kopf und Woche zur Verteilung kam, war in den Kur- und Badeorten Fleisch in Külle und Fülle vorhanden. Für die Wohlhabenden war gelogt. Ja Pölsyn gab es 1919 in den Kurorten täglich zur Mittagsstafel alle Fleischsorten und zum Frühstück u. d. Abendbrot reichlich Beleg. Die Wirtshäuser der Badeorte hatten alles reichlich herangeschafft — aber zu welchen Preisen!

Wenn nur das Wenige, das die Produzenten lieferten, wenigstens noch von den Ernährungsbehörden und deren Ansaestellen richtig behandelt worden wäre, dann hätte in den Städten auch noch mehr zur Verteilung gelangen können. Aber mehr als ein Fünftel verdarb auf dem Transport ein andres Fünftel reichlich ging durch falsche und schlechte Lagerung zugrunde. Und von dem, was für teures Geld geliefert wurde, mußte auch noch häufig die Fülle weggeschleudert werden, speziell Kartoffeln und Gemüse. Das Reichsgericht hatte entschieden: Wer mit Lebensmitteln handelt, hat sich zu überzeugen, ob diese den sich auch in einem solchen Zustande befinden, daß sie als Nahrung dem Menschen zuträglich sind. Aber keine Behörde hat sich danach gerichtet. Mehl ist leicht und muß in und beim Erreichen hart wie Stein geworden. Tann wurde es wieder zur Mühle gebracht, dort zerkleinert, noch einmal gemahlen und mit gutem Mehle vermischt. Daher der schimmelige Geschmack des Brotes, das wir haben gegessen müssen.

Wenn man nun in Betracht zieht, daß im überseeischen Auslande, speziell in Australien und Amerika, reichlich Mehl und Lebensmittel vorhanden sind, so wundert sich viele weshalb nicht mehr eingeführt wird. Da heißt es denn, bei der schlechten Valuta dürfe nicht so viel Geld nach dem Auslande, und darum darf nur so wenig eingeführt werden. Ist dies wirklich der wahre Grund? Nein, weil der Ernährungsminister zugleich Landwirtschaftsminister, wohnen zwei Seelen in seiner Brust, die aber beide mehr zur Landwirtschaft neigen, denn sonst sind die nachstehenden Tatsachen unverständlich.

Im Juni 1920 hatten die schamerikanische Bäckereigenossenchaften mit dem deutschen Bäckerverbande „Germania“ Frühling genommen und ihm Mehl auf Kredit angefragt, aber es sollte nicht erst durch die Hände des Ernährungsministeriums gehen, also ein breiter (und somit verbilligter) Abschluß stattfinden. Beim Ernährungsministerium wurde die Einfuhrerlaubnis nachgelacht; erst wurde wohlwollende Ermüdung zugelagt, dann die genugsam bekannte Verschleppungspolitik eingeschlagen und zum Schluß (mit 5 bzw. 6 auf die schlechte Valuta) die Einfuhr nicht genehmigt. Wenn deutschen Genossenschaften und Vereinen im Auslande Kredit gewährt wird, so bin ich der Ansicht, daß dies das Ansehen Deutschlands im Auslande hebt und die Valuta verbessert. Nicht umgekehrt, Herr Dr. Hermes! Vieles Mehl hätte in Deutschland für 2,50 Mk. das Pfund verkauft werden können, während das Magillratsmehl für 5,40 Mk. das Pfund verkauft wird. Auch die Dresdner Bäckereigenossenchaft konnte drüben Mehl erhalten und das Pfund für 3,50 Mark in Deutschland verkaufen, aber: Einfuhr verboten! Auch die Trierer Genossenschaft wollte den günstigen Marktpreis heuhen und Mehl beziehen zu einem Verkaufspreis in Deutschland von 2,50 Mk. das Pfund. Doch auch hier: Einfuhr verboten!

Nun kommt eine Tragkomödie: Vieles Mehl, das schon in Amsterdam auf die Einfuhr war etc., wurde an einen Prüffler Großhändlermann für 2 l. Fr. das Pfund verkauft. Dieser verkaufte es zu 3 Fr. an einen Holländer (also schon 20 Proz. teurer), und dieser fand Mittel und Wege, es mit 100 Proz. Aufschlag an die Reichszentralstelle für Ernährungswesen zu verkaufen! Nun durfte das Mehl eingeführt werden — ohne Rücksicht auf untre Valuta. Auf lotte infame, lediglich auf Profitinteressen eingestellte Art und Weise wird also dem Volke die Nahrung verteuert! Wie lange wird sich das deutsche Volk eine derartige Wirtschaft und Ernährungs politik gefallen lassen? Wird es da nicht Zeit, daß mit eiskerner Eisen Remedur geschaffen wird und Hermes endlich an die frische Luft fliegt?

Die Auslandsdeutschen bieten alles auf, uns mit Nahrung, speziell Mehl, zu versehen, aber sie wollen es nicht erst durch die Hände von verschiedenen Prüfflergängen und Verteilungsbehörden gehen lassen; sie wollen, daß wir billiges Mehl haben sollen. Das will aber der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister nicht, weil ja dann die Landwirte ihre Produkte auch billiger verkaufen müßten, und das wollen diese ganz und gar nicht. Sie würden dem Landwirtschaftsminister ihre Freundschaft kundgeben, wenn sie mehr arbeiten und weniger verdienen sollten. Die Bauernfreundschaft ist diesem allerhöchsten der Ernährungsminister seit 1914 mehr wert als die Verminderung der Not und des Elends der Bevölkerung. Die Bauern tun gar nichts dazu, den Boden erträglicher zu machen; das beweisen die Ernterergebnisse (in Millionen Tonnen gerechnet):

	Weizen	Roggen	Gerste	Safer	Kartoffeln	Rüben
1913	4,4	12,1	3,5	9,5	28,2	9,8
1920	2,2	4,9	1,7	4,8	52,8	7,9

Wenn nun diese Zahlen auch keinen Anspruch auf Genauigkeit machen können, weil die Landwirte immer weniger angehen, als sie wirklich geerntet haben — schon wegen der Abkletterung und der Steuern! —, so beweisen sie doch, daß während des Krieges Raubbau getrieben worden ist und nun dem Lande nicht die Mittel zugeführt werden, die es braucht (Phosphor, Kali, Stickstoff), damit es erträglicher wird. Obwohl feststcht, daß künstlicher Dünger, speziell Phosphor, nicht in so reichen Mengen vorhanden ist, wie er gebraucht wird, so könnten die Landwirte doch mehr hineinstecken, um den Boden erträglicher zu machen. Tann nur so konnten wir reichlicher ernährt werden und wirtschaftlich vorwärtskommen.

Mit der staatlichen Einfuhr aus dem Auslande ist uns nicht immer geholfen. Bisher sind für dieses Wirtschaftsjahr 900000 t Auslandsgetreide eingekauft, im ganzen sollen 2,5 Millionen Tonnen eingeführt werden. Dafür muß Deutschland 18<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Milliarden Mark bezahlen. Rechnet man noch 30 Milliarden Mark hinzu, die uns die fremden Bebauungsgruppen pro Jahr kosten und das Defizit von etwa 20 Milliarden bei Post und Eisenbahn sowie noch 30 Milliarden für die Volkserwaltung, so ist nicht abzusehen, wie wir aus dem finanziellen Elend herauskommen sollen.

In diesen vier Positionen muß aber mit aller Kraft abgebaut werden! Ebenso muß der Apparat der öffentlichen Lebensmittellieferung aufgehoben oder ganz bedeutend eingeschränkt werden, denn er hat auch im letzten Wirtschaftsjahr in Deutschland 14 Milliarden Kosten verursacht, die in einem ganz traurigen Verhältnisse zu den wirklichen Leistungen stehen. Es muß sich jeder ernste Staatsbürger fragen, ob dieses Institut noch weiter bestehen soll und darf. Denn wie wenig von ihm geliefert wird, beweist das amtliche Material: Von 2,2 Millionen Tonnen Weizen sind kaum 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen erfaßt, von 4,9 Millionen Tonnen Roggen knapp 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen. Noch gar er liegen die Dinge bei der Gerste; in Preußen sind kaum 200000 t erfaßt. Das ist geradezu lächerlich, wo in Bayern 130000 t erfaßt sind, und trotzdem ist dies kaum erst ein Drittel des Aufkaufpreises. Nicht man diese Mengen an den Ertr., den der wirklichen Ernte, so kann man mit Recht von einem Zusammenbruch unserer staatlichen Getreidewirtschaft sprechen. Darum weg mit solchen Einrichtungen! Sie verteuern dem Volke die Nahrung unnötig.

Die Landwirte bekommen für den Zentner Roggen 70 Mk., der Zentner Mehl kostet 169,80 Mk., die Reichszentralstelle verkauft das Mehl an die Magillrate mit 204 Mark; diese an die Bäcker für 233,80—245 Mk. Das sind ungelände Verhältnisse, denen mit aller Macht entgegengetrieben werden muß. Das steht sogar der Reichsernährungsminister ein, er will aber von der öffentlichen Bewirtschaftung des Weirbes nicht abgehen, nur soll dieses in neue Formen gebracht werden, die den praktischen Bedürfnissen des Landes mehr Rechnung tragen! Am 21., 22. und 23. Februar sind die Ernährungsminister aller deutschen Länder in München zu einer Konferenz zusammengekommen, um über neue Wege zu beraten. Der „Storr.“ wird sich wohl noch mit dem Ergebnisse dieser Verhandlungen beschäftigen.

Es muß unbedingt auf Steigerung untrer heimischen Erzeugung hingearbeitet werden. Dazu ist die Versorgung untrer Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln die unerlässlichste Voraussetzung. Also, Deutschlands Zukunft liegt auf dem Mist! Die Landwirtschaft muß gezwungen werden, intensiver zu arbeiten und abzugeben von ihrer Teulle: „Wenig anbauen und teuer verkaufen.“ Es ist muß eingeführt werden, was uns das Ausland liefert, damit die Konkurrenz der Landwirte zur Bekleidung ringt. Werlen wir noch einen Blick auf die Fleischpreise. So trill dort der Wucher noch krasser zulage. 1913 und 1914 waren die Landwirte froh, wenn sie für einen Zentner Lebensgewicht nur Schweine 53—60 Mk. bekamen, heute fordern sie 1500—1700 Mk., so daß sie für ein Dreizehntel Schwein 300 Mk. verlangen und bezahlt erhalten. Was nun die Fleischwaren daraus kosten, zeigen die Schaulenker der Schwäbcher: das Pfund 24—32 Mk. Wie verhalten sich dazu unsere Köhne? Wenn die Prinzipale und speziell die Zeitungsverleger gegen das verwerfliche Ver-

